



Kein Freifahrtsschein zum Verschmutzen für Gentechnik-Industrie

EU-Regelungsausschuss diskutiert über die Zulassung der gentechnisch veränderten „Amflora“-Kartoffel mit Verschmutzungserlaubnis

Nachdem ihre Zulassung für den Anbau bereits im Rat der EU-Agrarminister vorerst scheiterte, wird morgen im zuständigen Regelungsausschuss ein Vorschlag der EU-Kommission zur Zulassung der gentechnisch veränderten Stärkekartoffel *Amflora* als Futtermittel diskutiert. Erstmals in der Geschichte der GVO-Zulassungen in der EU soll mit dieser Futtermittelzulassung gleichzeitig erlaubt werden, dass sich Spuren der gentechnischen Veränderungen bis zu einem Verschmutzungswert von 0,9 Prozent auch in Lebensmitteln wieder finden dürfen, obwohl diese Genkonstrukte nicht auf ihre Lebensmitteltauglichkeit geprüft und nicht als Lebensmittel zugelassen sind.

„Dies wäre ein Skandal, denn in der Praxis bedeutet das, dass Gentechnik-Verschmutzungen bis zu 0,9% in Lebensmitteln toleriert werden müssten“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Janßen weiter:

„Die Gentechnik-Industrie hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Die von ihr immer wieder beschworene Koexistenz - also eine strikte Trennung von GVO-Anbau bzw. -Waren von gentechnikfreier Land- und Lebensmittelwirtschaft - funktioniert nicht. Der Blick nach Amerika belegt dies. So sind im vergangenen Jahr in großen Teilen der amerikanischen Reisernte Spuren einer auch in den USA nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Reissorte der BASF gefunden worden. Ein Großteil der Abnehmer der exportorientierten US-Reiserzeuger zogen sich daraufhin zurück. Aber Kontaminationen und unangenehme Rückrufaktionen sind teuer und lassen die Image-Kampagnen der Gentechnik-Industrie vollends ins Leere laufen.

Deshalb hat sie sich jetzt einen neuen Clou ausgedacht: Nicht Koexistenz soll mehr die Linie sein, sondern das Recht zur Verschmutzung. Die Gentechnik-Industrie will von der EU die Erlaubnis, den Bauern, der Lebensmittelwirtschaft und den Verbrauchern Genkonstrukte unterzuschieben, obwohl diese keine Gentechnik auf ihrem Acker und in ihrem Essen wollen. Die Gentechnik-Industrie versucht mit diesem Vorschlag ihre bisherige Pflicht auszuhebeln, dafür zu sorgen, dass Kontaminationen schlicht nicht stattfinden. Sie will einen Freifahrtsschein zur Kontamination. Die Mitgliedstaaten im EU-Regelungsausschuss dürfen der EU-Kommission und der Gentechnik-Industrie das nicht durchgehen lassen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich klar und deutlich gegen diesen Vorschlag zu stellen und den Antrag abzulehnen“, fordert Janßen.

V.i.S.d.P. und weitere Informationen:

Annemarie Volling, Koordination Gentechnikfreie Regionen, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Tel.: 04131 / 400720, mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de.